

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 23.04.2008

Wiederherstellung der gültigen Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Niedersächsische Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die Zusagen aus der Arbeitszeitverordnung eingehalten werden und jede Lehrerin und jeder Lehrer seine Mehrarbeit durch eine Reduzierung der Wochenarbeit - wie zugesagt - ausgeglichen bekommt.

Da es nicht möglich ist, genügend Lehrerinnen und Lehrer mit den erforderlichen Qualifikationen einzustellen, bittet das Land alle Lehrkräfte, freiwillig auf eine sofortige Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler zu verzichten und diese insgesamt vor ihrer Pensionierung einzulösen. Hierbei soll das Land angemessene Anreize, wie z. B. eine Verzinsung der gestundeten Mehrarbeitsstunden oder eine vorherige finanzielle Erstattung eines Teils der geleisteten Mehrarbeitsstunden, anbieten.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung hat oberste Priorität. Falls nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer die Bitte einer Stundung ihrer Mehrarbeit annehmen, sind zusätzliche Lehrkräfte einzustellen.

Damit auf die lokalen Besonderheiten der Unterrichtsversorgung in Notsituationen besser eingegangen werden kann, müssen neue Stellen für sogenannte „Feuerwehrlehrerinnen und -lehrer“ geschaffen werden. Die Koordination des Einsatzes soll möglichst unbürokratisch durch eine zentrale Projektgruppe erfolgen.

Damit trotz des Mangels an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern die zusätzlichen Einstellungen gelingen, wird das Land ein neues Programm „Praktiker in die Schulen“ auflegen. Auch Landesbeamtinnen und Landesbeamten mit fachlichen Qualifikationen, wie z. B. Biologie, Chemie oder Mathematik soll ein Wechsel in den Lehrerberuf ermöglicht werden. Hierfür wird das Land entsprechende pädagogische Ausbildungsprogramme anbieten.

Begründung

Der Text ist in seinem Kern - bereinigt um einige überflüssige historische Betrachtungen - im Wesentlichen identisch mit dem Beschluss des 63. ordentlichen Landesparteitags der FDP-Fraktion in Niedersachsen vom 19. und 20. April 2008. Wir erwarten daher die zügige Verabschiedung dieses Entschließungsantrags in erster und zweiter Lesung mindestens mit den Stimmen der einen Regierungsfraktion.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 30.04.2008)